

Europa vor den Wahlen: Weniger Markt und dafür mehr Soziales!

17. Januar 2019, Gewerkschaftshaus in Braunschweig

In den vergangenen 10 Jahren ist die Europäische Union (EU) von Krise zu Krise gestürzt. Am 26. Mai 2019 sind EU-Parlamentswahlen und populistische Parteien finden immer mehr Zuspruch. In einigen Mitgliedsländern wie z.B. Griechenland sind die Folgen der Austeritätspolitik noch sehr spürbar. Damit steht die EU vor großen Herausforderungen. Europa muss neu und gemeinsam gedacht werden. Das Soziale muss mehr in den Mittelpunkt rücken. Aber wie kann eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtung Europas aussehen? Welches sind die zentralen Reformfelder? Genau über diese Fragen haben wir bei unserer Veranstaltung, die in Kooperation mit dem DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und Arbeit und Leben Niedersachsen Ost GGMBH stattgefunden hat, in Braunschweig diskutiert.

Nach einer Begrüßung durch **Wolfgang-Armin Rittmeier**, Regionalleiter Arbeit und Leben Niedersachsen Ost GGMBH, betonten **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen, und **Johannes Grabbe**, Abteilungsleiter beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, in ihrer Einführung, dass die EU vor großen Herausforderungen stehe. Als Beispiele nannten sie den Rechtsruck in vielen europäischen Staaten und auch den Brexit als sichtbarster Ausdruck einer weit verbreiteten EU-Skepsis vieler Menschen. Das Soziale sei sehr wichtig und nicht nur ein Beiwerk.

Anschließend übernahm **Cosima Schmitt**, Journalistin und ZEIT-Autorin, die Moderation und bat die Podiumsteilnehmer_innen auf das Podium um eine erste Einschätzung zur Lage Europas. **Bernd Lange MdEP**, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament, hob dabei hervor, dass die Rechtspopulisten die allgemeine



Bernd Lange

Unsicherheit und die Angst vor der Zukunft vieler Menschen auszunutzen wüssten. Gerade soziale Unsicherheiten beunruhigen die Menschen und hier müsse die EU zukünftig eine bessere Politik machen. Lange betonte, dass soziale Absicherung und das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gelten müsse. **Prof. Dr. Björn Hacker** von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin sagte, dass man sich in der EU hauptsächlich auf

die wirtschaftlichen Kräfte verlassen habe und das Soziale dadurch in den Hintergrund gerückt sei. Trotzdem gäbe es eine Menge Aspekte, die die EU sozialer machten. Als Beispiel nannte Hacker das europäische Sozialmodell, das weltweit vorbildlich sei. Allerdings sei dieses in einigen Punkten in der Vergangenheit kaputt gemacht worden und daran müsse man arbeiten. Weiter betonte er, dass man im Wahlkampf nicht nur über ein gutes oder schlechtes Europa reden dürfe, sondern sich fragen müsse welches Europa wir eigentlich wollen. Hier seien Alle gefordert, stärker gestaltend tätig zu werden.



Eva Stassek

Nach Meinung von Eva Stassek, erste Bevollmächtigte der IG Metall Braunschweig, stecke die EU in einer Identitätskrise. Als sie gegründet worden sei, war dies ein emotionales Projekt mit dem große Hoffnungen auf dauerhaften Frieden verbunden waren. Durch die Fiskalkrise seien diese Hoffnungen zerstört worden, betonte Stassek. Besonders bei Arbeitnehmer_innen seien Ängste geschürt worden. Gute Arbeit und die Rechte von Arbeitnehmer_innen müssten daher auf alle Bereiche und alle Mitgliedstaaten ausgeweitet werden. Zusätzlich müsse man als

weitere Herausforderung den Schutz der Umwelt stärker in den Mittelpunkt der Diskussion rücken, so die Gewerkschafterin weiter.

Rifat Fersahoglu-Weber, Vorsitzender des Vorstands des AWO Bezirksverbands Braunschweig e.V., betonte, dass die EU das größte Friedensprojekt der Welt sei und man dieses nicht leichtfertig verspielen dürfe. Protektionismus in der Wirtschaft, wie ihn die Populisten forderten, führe in eine Sackgasse. Man habe in der EU in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig Soziales getan und viel zu viele Menschen seien in der EU von Armut bedroht. Hier bestehe der größte Handlungsbedarf. Desweiteren forderte er, dass Europa wieder mehr politisch diskutieren müsse.



Rifat Fersahoglu-Weber



Biörn Hacker

Anschließend sprach Schmitt den Brexit an und das dieser sehr kompliziert und teuer wäre. Ob Europa durch das abschreckende Beispiel des Brexits aber möglicherweise wieder enger zusammengerückt sei, wollte sie von den Gästen wissen. Lange betonte, dass viele Mitgliedsstaaten, die zuvor auch mit einem Austritt geliebäugelt hätten, ihre Meinung radikal verändert hätten. Durch den Brexit bemerkten viele, welche Vorteile es für sie habe, Mitglied der Europäischen Union zu sein. Schmitt warf ein, dass aber trotzdem bei den

letzten Wahlen so viele junge Menschen nicht zur Wahl gegangen seien und woran dies liegen würde? Habe die EU ein schlechtes Image gerade bei den Jungen? . Der Diskurs gestalte sich auf jeden Fall politischer, sagte Hacker. Stassek betonte, dass jeder sich mal fragen müsse, wie er die EU haben wolle und jede_r der ein Bild von der EU habe, solle auch mit diskutieren.



Fersahoglu-Weber ist der Meinung, dass junge Menschen heute viel besser vernetzt wären und daher auch die die EU und ihre Vorteile wie z.B. die Reisefreiheit viel mehr schätzten als ihre Vorgängergenerationen. Auf die Frage, ob man mit einem sozialen Europa Begegnungen schaffen könne, sagte er weiter, dass man die Jugend motivieren müsse ihre Möglichkeiten zu nutzen. Stassek betonte, dass die EU alle betreffe und man hier auch eine Sicherung für alle schaffen müsse.

Cosima Schmitt

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen die Teilnehmer_innen über einen sozialen Gestaltungsspielraum in der EU. Hier hob Hacker die Europäische Säule sozialer Rechte hervor, die zwar proklamiert wurde, allerdings nicht einklagbar ist. Die Nichtumsetzbarkeit sei eine Enttäuschung und so etwas könne sich Europa nicht nochmal leisten. Auch Lange forderte, dass diese Säule in Gesetze umgewandelt werden müsse. Danach stellte Schmitt die Frage, welche Rolle Deutschland in Europa zukomme. Lange erklärte, dass sich Deutschland europapolitisch viel zu lange zurückgehalten habe, es aber im aktuellen Koalitionsvertrag gute Ansätze gebe, die aber endlich umgesetzt werden müssten. Deutschland müsse zum Motor der EU werden. Es gebe zu viel Bürokratie, so Hacker. Deutschland müsse die deutsch-französische Achse wieder aufleben lassen, damit die EU weiterkomme. Die EU könne nur gemeinsam ein Gegengewicht zu den USA werden, so Lange weiter.



v.l.: Schmitt, Fersahoglu-Weber, Stassek, Lange, Hacker

Am Ende der Diskussionsrunde waren sich Publikum und Teilnehmer_innen einig: Europa kann nur gemeinsam funktionieren. Nur gemeinsam können Lösungen für die Probleme und Herausforderungen gefunden werden. Die Europäische Union brauche eine sozialere Ausrichtung. Jede_r sollte daran beteiligt werden und am 26. Mai 2019 mitbestimmen.